



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 02/20 • 09.01.2020



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

eines der Topthemen 2020, der Brexit, wirft seine ersten Schatten voraus. Die sogenannte Übergangszeit, in der sich vorerst für die Bürger, die Wirtschaft und Institutionen nichts ändert, beginnt am 1. Februar und endet am 31. Dezember. Das Vereinigte Königreich ist dann kein EU-Mitglied mehr, doch alle Vereinbarungen bestehen weiter. Mit dem nächsten Jahreswechsel hingegen gilt, dass was bis dahin nicht konkret zwischen Brüssel und London vereinbart ist, auf Grundlage bestehender internationaler Verträge weiterlaufen muss oder aber gar nicht.

Kommissionspräsidentin von der Leyen betonte bei ihrem Besuch in London in dieser Woche, dass GB und die EU auch nach dem Austritt beste Nachbarn bleiben würden. Jedoch, auch wenn man sich alle Mühe gebe, sei es unwahrscheinlich, dass GB und die EU sich, insbesondere angesichts der notwendigen Ratifizierungen durch mehr als zwei Dutzend nationale und regionale Parlamente, ohne eine Verlängerung der Übergangsfrist, über alle Einzelheiten zu den zukünftigen Beziehungen verständigen können. Ohne Fristverlängerung müsse man Prioritäten setzen. Einen Erste-Klasse-Zugang zum größten Binnenmarkt der Welt werde es für die Briten nicht ohne Weiteres geben ohne gemeinsame Standards bei Umweltschutz, Arbeitsrecht, Steuern, staatlichen Hilfen.

Bisher strebt Premierminister Johnson einen Antrag auf Verlängerung nicht an. Zeit bleibt ihm hierfür noch bis Ende Juni.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT
Vertretung bei der
Europäischen Union





Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
<ul style="list-style-type: none">• Europäisches Parlament - Emily O'Reilly als Europäische Bürgerbeauftragte wiedergewählt• Europäisches Parlament - Einsatz von Pestiziden verringern, um die Bienen zu retten• Europäisches Parlament - Sacharow-Preis 2019 an Ilham Tohti in Abwesenheit verliehen• Europäisches Parlament - Mehr Steuergerechtigkeit in einer digitalisierten und globalisierten Wirtschaft• Rat und Parlament vorläufig einig über neue Trinkwasserrichtlinie• EU-Kommission holt Meinungen zu Krypto-Vermögenswerten und Cybersicherheit im Finanzsektor ein• Eurobarometer - Deutsche und Europäer zunehmend besorgt über Klimawandel• EU – Rat Umwelt	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	11
<ul style="list-style-type: none">• Kroatien übernimmt EU-Ratspräsidentschaft• EU unterstützt Ausbau der panafrikanischen Internetanbindung• Neue Regeln machen EU-weites Crowdfunding einfacher• Booking.com wird Präsentation von Angeboten und Preisen an EU-Verbraucherrecht anpassen• Elektromobilität EU-Kommission billigt 3,2 Mrd. Euro für Batterieforschung• Nachhaltigkeit - Standards für grüne Finanzprodukte	
<u>Was, wann, wo</u>	16
<ul style="list-style-type: none">• Rumänischer Staatspräsident Klaus Johannis erhält Kaiser-Otto-Preis 2020 Festakt im Magdeburger Dom am 25. Mai 2020• Internationale Grüne Woche - Rolle der Verbraucher im Fokus• „ZEIG MIR DEINE WELT“ - Workshop für Mobile Reporting• Auftaktveranstaltungen im Februar - Galway und Rijeka sind die Kulturhauptstädte Europas 2020	
<u>Ausschreibungen</u>	18
<ul style="list-style-type: none">• KOM - Aufforderung zur Einreichung von Bewerbungen für den „Jan-Amos-Comenius-Preis für hervorragenden Unterricht über die Europäische Union“• Rat – 2 Stellenausschreibungen	
<u>Kontaktbörse</u>	19
<ul style="list-style-type: none">• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	23
<ul style="list-style-type: none">• Neu in der LV – Praktikantin Luise Böttcher• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	27
<u>Impressum</u>	28



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäisches Parlament - Emily O'Reilly als Europäische Bürgerbeauftragte wiedergewählt

Im Dezember 2019 wurde Emily O'Reilly (Irland) zur Europäischen Bürgerbeauftragten für die Legislaturperiode 2019-2024 gewählt. Sie hat das Amt seit 2013 inne.



O'Reilly wurde mit den Stimmen von 320 Abgeordneten in geheimer Abstimmung im Plenum gewählt.

Der oder die Europäische Bürgerbeauftragte führt Untersuchungen in Fällen von Missständen bei der Tätigkeit der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union durch, auf eigene Initiative oder auf der Grundlage von Beschwerden von EU-Bürgern.

O'Reilly wurde in drei Wahlgängen gewählt. Sie hat früher als Journalistin gearbeitet und war die erste weibliche Bürgerbeauftragte Irlands, in den zehn Jahren vor ihrer Wahl zur Europäischen Bürgerbeauftragten 2013.

Vier Kandidaten - Giuseppe Fortunato (Italien), Julia Laffranque (Estland), Emily O'Reilly (Irland) und Cecilia Wikström (Schweden), nahmen am zweiten Wahlgang teil, nachdem Nils Muižnieks (Lettland) seine Kandidatur zurückgezogen hatte.

Im dritten Wahlgang mussten sich die Abgeordneten zwischen Julia Laffranque und Emily O'Reilly entscheiden, den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen, wie in der [Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments](#) festgelegt.

Während der öffentlichen Anhörung im Petitionsausschuss am 3. Dezember verpflichtete sich O'Reilly, weiter daran zu arbeiten, die EU-Verwaltung zu einem Vorbild für die gesamte EU zu machen, indem sie die Bürger und ihre Rechte in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt.

Beim 1995 geschaffenen Amt des Europäischen Bürgerbeauftragten handelt es sich um eine unabhängige und unparteiische Einrichtung, die die Organe, Einrichtungen und Agenturen der EU (mit Ausnahme des Gerichtshofs) zur Rechenschaft zieht und eine gute Verwaltungspraxis fördert. Der oder die Bürgerbeauftragte unterstützt Privatpersonen, Unternehmen und Organisationen bei Problemen mit Verwaltungseinrichtungen der EU, indem er oder sie Beschwerden über Missstände in der Verwaltungstätigkeit der Organe und Einrichtungen der EU nachgeht und sich zusätzlich auf eigene Initiative hin tiefergehenden systemischen Fragen widmet, wie Transparenz und dienstleistungsorientiertes Handeln.

Emily O'Reilly gingen Jacob Söderman (1995-2003) und Paraskevas Nikiforos Diamandouros (2003-2013) voraus.

• *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)



Europäisches Parlament - Einsatz von Pestiziden verringern, um die Bienen zu retten



In einer am 18. Dezember 2019 angenommenen Entschließung begrüßt das Parlament die [EU-Initiative für Bestäuber](#), betont aber, dass sie in ihrer jetzigen Form Bienen und andere Bestäuber nicht hinreichend vor einigen der vielen Ursachen für den Rückgang ihrer Bestände schützt, darunter Landnutzungsänderungen, der Verlust von Lebensräumen, intensive landwirtschaftliche Bewirtschaftung, Pflanzenschutzmittel, Umweltverschmutzung, der Klimawandel und invasive gebietsfremde Arten.

Da Bestäuber für die biologische Vielfalt, die Landwirtschaft und die Fortpflanzung vieler Pflanzenarten von wesentlicher Bedeutung sind, fordern die Abgeordneten die Kommission auf, ein umfassendes Aktionsprogramm für Bestäuber umzusetzen sowie zu diesem Zweck ausreichende Mittel vorzusehen.

Um die Rückstände von Pestiziden in den Lebensräumen von Bienen weiter zu senken, muss die Verringerung der Verwendung von Pestiziden zu einem grundlegenden Ziel der künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) werden, so die Abgeordneten.

Sie fordern auch, dass EU-weite verbindliche Reduktionsziele in die anstehende Überarbeitung der Richtlinie über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden aufgenommen werden müssen.

Das Parlament spricht sich schließlich für eine Erhöhung der finanziellen Mittel zur Unterstützung der Erforschung der Ursachen des Bienenschwunds aus, um die Vielfalt der Bestäuberarten zu schützen.

Die Entschließung wurde per Handzeichen angenommen

Im April 2018 einigte sich die EU darauf, die Verwendung im Freien von Imidacloprid, Clothianidin und Thiamethoxam, die als Neonikotinoide bekannt sind, vollständig zu verbieten. Mehrere Mitgliedstaaten haben jedoch Notfallzulassungen für den Einsatz dieser Neonikotinoide auf ihrem Hoheitsgebiet gemeldet.

Nach Forderungen des Parlaments und des Rates, dem Rückgang des Bestands an Bestäubern entgegenzuwirken, hat die Kommission am 1. Juni 2018 ihre Mitteilung über die EU-Initiative für Bestäuber vorgelegt.

Nach Angaben der Kommission sind allein in der EU rund 84 % der Kulturpflanzenarten und 78 % der Wildblumenarten zumindest teilweise von der Bestäubung durch Tiere abhängig. Bis zu 15 Milliarden Euro des jährlichen landwirtschaftlichen Ertrags der EU werden direkt auf Bestäuber zurückgeführt.

• *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)



Europäisches Parlament - Sacharow-Preis 2019 an Ilham Tohti in Abwesenheit verliehen



Die Tochter des uigurischen Menschenrechtsaktivisten Ilham Tohti hat am 18. Dezember 2019 den Sacharow-Preis für geistige Freiheit im Namen ihres inhaftierten Vaters in Straßburg entgegengenommen.

Der Wirtschaftsprofessor Ilham Tohti, der sich für die Rechte der muslimisch-ugurischen Minderheit in China starkmacht, verbüßt seit 2014 wegen „Separatismus“ eine lebenslange Haftstrafe. „Mit seinem Engagement hat Ilham Tohti es geschafft, den Uiguren eine Stimme zu geben. [...] Seit 20 Jahren setzt er sich unermüdlich dafür ein, den Dialog und das gegenseitige Verständnis zwischen den Uiguren und den Völkern Chinas zu fördern“, betonte der Präsident des Europäischen Parlaments David Sassoli bei der Preisverleihung im Plenarsaal in Straßburg.

Jewher Ilham nahm den Preis stellvertretend für ihren Vater entgegen und sagte: „Es ist mir eine Ehre, heute im Europäischen Parlament zu sein und den Sacharow-Preis im Namen meines Vaters entgegenzunehmen. Ich bin dankbar für die Gelegenheit, seine Geschichte zu erzählen, die er nicht selbst erzählen kann. Um ehrlich zu sein, ich weiß nicht, wo mein Vater ist. 2017 hat meine Familie das letzte Mal von ihm gehört.“

Seit April 2017 wurde über eine Million Uiguren in einem Netzwerk von Internierungslagern festgehalten und gezwungen, auf ihre ethnische Identität und ihren religiösen Glauben zu verzichten und der chinesischen Regierung Loyalität zu schwören.

Jewher Ilham forderte aktive Unterstützung für das Anliegen ihres Vaters: „Ich frage Sie in diesem Raum und alle diejenigen, die zuhören: Sehen Sie ein Problem in der Art und Weise, wie die chinesische Regierung mit den Uiguren umgeht? Wenn Sie ein Problem sehen, dann arbeiten Sie bitte an einer Lösung!“

Parlamentspräsident Sassoli forderte Ilham Tohtis unverzügliche und bedingungslose Freilassung sowie die Freilassung „der zahlreichen anderen Träger des Sacharow-Preises, die sich in Haft befinden und aufgrund ihres Einsatzes für die Menschenrechte und Grundfreiheiten verfolgt werden.“

Ilham Tohti ist ein Verfechter des Dialogs und ein Befürworter der Umsetzung der Gesetze über die regionale Autonomie in China. Im Jahr 2014 war er nach einem Schauprozess wegen des Vorwurfs des Separatismus zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Trotz dessen bleibt er eine Stimme der Mäßigung und Versöhnung.

Unter den Finalisten für den Sacharow-Preis 2019 waren Menschenrechtsaktivisten aus Brasilien und Schülerinnen aus Kenia. [Weitere Informationen zu den Finalisten](#)

Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit, der nach dem sowjetischen Physiker und politischen Dissidenten Andrei Sacharow benannt wurde, wird jedes Jahr vom Europäischen Parlament vergeben. Die Auszeichnung wurde 1988 ins Leben gerufen, um Einzelpersonen und Organisationen zu ehren, die Menschenrechte und Grundfreiheiten verteidigen.

2018 wurde der ukrainische Filmmacher [Oleh Sensow](#) mit dem Preis geehrt, der diesen im November persönlich in Empfang nahm, nachdem er aus russischer Haft entlassen worden war. • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)



Europäisches Parlament - Mehr Steuergerechtigkeit in einer digitalisierten und globalisierten Wirtschaft

Da die internationalen Gespräche auf OECD-Ebene über die Steuersysteme für die digitale Wirtschaft im Oktober in eine neue Phase getreten sind, haben die Abgeordneten die Kommission am 16. Dezember 2019 zu ihrer Strategie befragt und am 18. Dezember 2019 eine Entschließung mit 479 Stimmen bei 141 Gegenstimmen und 69 Enthaltungen angenommen.



In der Entschließung bedauern die Abgeordneten, dass es auf EU-Ebene im Hinblick auf die derzeit laufenden internationalen Verhandlungen keinen gemeinsamen Ansatz gibt. Sie fordern die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich für die Verhandlungen im Rahmen der OECD auf eine gemeinsame, ehrgeizige Position der EU zu einigen und dabei ihre eigenen Positionen öffentlich zu machen. Das Parlament unterstützt die Zusage der Präsidentin der Kommission, eine Lösung auf EU-Ebene vorzuschlagen, sollte bis spätestens Ende 2020 keine internationale Einigung zustande gekommen sein.

Die Abgeordneten unterstreichen, dass die EU auf internationaler Ebene eine Position verteidigen sollte, die das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts gewährleistet, insbesondere durch die Sicherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen für alle Arten von Unternehmen. Sie fordern, dass dafür gesorgt wird, dass Unternehmen dort, wo ihre eigentliche wirtschaftliche Tätigkeit und Wertschöpfung tatsächlich stattfinden, einen fairen Steueranteil zahlen, und dass die Steuereinnahmen gerecht auf alle Mitgliedstaaten aufgeteilt werden.

Nach der Finanzkrise von 2008/2009 haben sich die G20-Länder im Rahmen des BEPS-Projekts (Base Erosion and Profit Shifting – BEPS) mit Steuerhinterziehung, aggressiver Steuerplanung, Steuervermeidung und Geldwäsche befasst, was zur Erstellung des BEPS-Aktionsplans führte. Dieser Aktionsplan befasste sich jedoch nicht mit den durch die Digitalisierung der Wirtschaft verursachten steuerlichen Herausforderungen, was zur Veröffentlichung eines gesonderten BEPS-Abschlussberichts über Aktion 1 im Jahr 2015 führte. Im Oktober und November 2019 leitete die OECD zwei getrennte öffentliche Konsultationen zu diesem Thema ein, mit dem Ziel, einen Konsens über ein weiteres Vorgehen zu finden.

7

Im Jahr 2018/2019 war die EU kurz davor, ihre eigenen Regeln zu verabschieden (Rechtsvorschriften für eine Digitalsteuer auf Erträge aus der Erbringung bestimmter digitaler Dienstleistungen und Rechtsvorschriften bezüglich der Unternehmensbesteuerung einer signifikanten digitalen Präsenz), doch durch die Einstimmigkeitsregel im Rat konnten einige Mitgliedstaaten verhindern, dass eine Einigung erzielt wurde. • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Rat und Parlament vorläufig einig über neue Trinkwasserrichtlinie

Die Europäische Kommission hat die vorläufige Einigung begrüßt, die das Europäische Parlament und der Rat am 18. Dezember 2019 in Straßburg über die Neufassung der Trinkwasserrichtlinie erzielt haben. Die Einigung beruht auf dem Vorschlag, den die



Kommission im Februar 2018 als direkte Reaktion auf die [Europäische Bürgerinitiative Right2Water](#) angenommen hat. Sie zielt darauf ab, die Qualität des Trinkwassers und den Zugang zu diesem zu verbessern und für bessere Informationen darüber zu sorgen.



Gegenwärtig wird das Trinkwasser „end-of-pipe“ kontrolliert. Mit den neu vereinbarten Regeln wird der so genannte risikobasierte Ansatz umgesetzt, der weitere Präventions- und Eindämmungsmaßnahmen zum Schutz der Trinkwasserquellen ermöglicht. Eine weitere wichtige Änderung der Rechtsvorschriften wird der Öffentlichkeit einen einfachen, benutzerfreundlichen Zugang - auch online - zu Informationen über die Qualität und die Versorgung mit Trinkwasser in ihrem Wohngebiet ermöglichen und so das Vertrauen in das Leitungswasser stärken.

Der vereinbarte Text baut auf den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation auf und geht sogar über diese hinaus. Die neuen EU-Vorschriften werden zu einem weltweiten Standard werden und dem neuesten Stand der Technik entsprechen. Sie werden die schädlichen Auswirkungen der Umweltverschmutzung auf die menschliche Gesundheit und auf unsere natürlichen Ressourcen in vollem Einklang mit dem europäischen Grünen Deal minimieren. Sie werden neu auftretende Schadstoffe wie Mikrokunststoffe, endokrine Disruptoren und neue Arten von Chemikalien betreffen. Die Vereinbarung enthält detaillierte Hygieneanforderungen für Materialien, die mit Trinkwasser in Kontakt kommen, und gibt der Europäischen Chemikalienagentur eine Schlüsselrolle, um sicherzustellen, dass nur sichere Stoffe in Rohren und Wasserhähnen verwendet werden können, die mit Wasser in Kontakt kommen.

Die am 18. Dezember 2019 erzielte vorläufige Einigung muss nun noch formell von Parlament und Rat angenommen werden.

Nach der Genehmigung wird die Richtlinie im Amtsblatt der EU veröffentlicht und tritt 20 Tage später in Kraft. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

Pressemeldung: [Commission welcomes provisional agreement to improve the quality of drinking water and the access to it](#)

EU-Kommission holt Meinungen zu Krypto-Vermögenswerten und Cybersicherheit im Finanzsektor ein

Zwei öffentliche Konsultationen zu Krypto-Vermögenswerten und zur Cybersicherheit des Finanzsektors hat die Europäische Kommission am 19. Dezember 2019 eröffnet. „Wir möchten sicherstellen, dass unser Finanzsektor gedeiht und sicher ist“, sagte Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis. Die Kommission hole Meinungen ein, wie die digitale Finanzwirtschaft robuster gegen Cyberangriffe und andere neue Arten von Risiken gemacht werden kann. „Außerdem wollen wir offen sein für Finanzinnovationen, damit die EU Größenvorteile schafft und auf dem Markt für Zahlungsdienste weltweit konkurrenzfähig ist.“ Die EU strebt unter anderem einen gemeinsamen Rahmen für Krypto-Vermögenswerte an. Die erste Konsultation soll zeigen, ob der bestehenden Rechtsrahmen für Krypto-Vermögenswerte (Krypto-Assets) geeignet ist. Diese Vermögenswerte schließen auch



preisstabile Währungseinheiten, sogenannte „Stable Coins“, ein. Mit der zweiten Konsultation erbittet die Kommission von allen Interessierten Rückmeldung dazu, wie der bestehende Rechtsrahmen verbessert werden kann, um Informations- und Kommunikationstechnologien widerstandsfähiger gegen Cyberangriffe zu machen.

Wie Präsidentin von der Leyen in ihren politischen Leitlinien für die neue Kommission feststellte, ist es von entscheidender Bedeutung, dass Europa das gesamte Potenzial des digitalen Zeitalters ausschöpft. Dabei sollen die Industrie und die generelle Innovationsfähigkeit der europäischen Wirtschaft innerhalb sicherer und ethischer Grenzen gestärkt werden. Digitalisierung und neue Technologien verändern das europäische Finanzsystem erheblich, genauso wie die Art und Weise, wie Finanzdienstleistungen für europäische Unternehmen und Bürger erbracht werden.

Die Rückmeldungen aus den öffentlichen Konsultationen werden in die Folgenabschätzung der Europäischen Kommission zu möglichen bevorstehenden Initiativen einfließen. Aus Gründen der Transparenz werden Organisationen und Unternehmen, die an öffentlichen Konsultationen teilnehmen, gebeten sich in das [Transparenzregister der EU](#) einzutragen. Die Konsultationen enden am 18. März 2020. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

[Online-Fragebogen](#)

[Transparenzregister der EU](#)

Eurobarometer - Deutsche und Europäer zunehmend besorgt über Klimawandel

9

Klimawandel und Umwelt werden immer häufiger als herausragende Probleme Europas wahrgenommen. Die EU-Bürger nennen klare vorrangige Ziele für das europäische Klimaschutzprogramm, den „Grünen Deal“: die Entwicklung erneuerbarer Energien (Deutschland: 59 Prozent, EU28: 54 Prozent), die Bekämpfung von Kunststoffabfällen sowie eine führende Rolle Europas bei der Einwegnutzung von Kunststoff (Deutschland: 57 Prozent, EU28: 53 Prozent).

Auf nationaler Ebene sehen 34 Prozent der Deutschen Umwelt, Klima und Energiesicherheit als die wichtigsten Themen, gefolgt von Einwanderung (26 Prozent) und Renten (18 Prozent).



Vertrauen in die Europäische Union haben 49 Prozent der befragten Deutschen und 43 Prozent der Befragten europaweit. Das positive Image der EU hat im Vergleich zum Vorjahr etwas an Boden verloren und liegt nun bei 42 Prozent (-3 Prozentpunkte). Der Wert bleibt jedoch höher als im Zeitraum Herbst 2010 bis Frühjahr 2018.

In 18 Mitgliedstaaten hat die Mehrheit der Befragten ein positives Bild von der EU, wobei Irland (63 Prozent), Bulgarien (61 Prozent) und Portugal (59 Prozent) die höchsten Werte verzeichnen, in Deutschland haben 50 Prozent der Befragten eine positive Vorstellung von der EU.

45 Prozent der EU-Bürger sind der Meinung, dass ihre Stimme in der EU zählt, in Deutschland sind 61 Prozent ebenfalls dieser Ansicht, 35 Prozent glauben aber nicht, dass ihre Stimme in der EU zählt.

Mehr als die Hälfte der Deutschen und Europäer sagen, dass sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der EU funktioniert, zufrieden sind (Deutschland: 56 Prozent, EU28: 52 Prozent). 40 Prozent sind in Deutschland und europaweit damit nicht zufrieden.



Sieben von zehn Befragten in allen EU-Ländern fühlen sich als Bürger der EU. Auf nationaler Ebene variiert der Anteil derer, die sich als EU-Bürger fühlen, von 91 Prozent in Luxemburg bis zu 51 Prozent in Griechenland. Neben Luxemburg gibt es zehn weitere Länder, in denen sich mindestens acht von zehn Befragten als EU-Bürger fühlen: Spanien (86 Prozent), Deutschland (83 Prozent), Litauen und Finnland, Portugal, Malta und Polen (alle 81 Prozent) sowie Estland, Ungarn und Irland (alle 80 Prozent).

Der vorliegende Bericht enthält die ersten Ergebnisse der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2019 (EB92), die zwischen dem 14. und 29. November 2019 in den 28 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt wurde. Die Umfrage wurde auch in fünf Kandidatenländern (Nord-Mazedonien, Türkei, Montenegro, Serbien und Albanien) und der türkischen Gemeinschaft Zyperns in dem Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, durchgeführt. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 20. Dezember 2019](#)

[Standard-Eurobarometer 92](#)

EU – Rat Umwelt

Am 19.12.2019 kamen die Umweltminister und –ministerinnen in Brüssel zusammen. Neben einem Austausch mit der Kommission über die zukünftige Umwelt- und Klimapolitik in der EU, insbesondere dem europäischen Grünen Deal, stand die biologische Vielfalt auf der Tagesordnung. Die angenommenen Schlussfolgerungen ([Pressemitteilung](#)) sollen Leitlinien für die Politik der EU zur Erhaltung der biologischen Vielfalt nach 2020 vorgeben. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollen eine Führungsrolle übernehmen und sich mit Hinblick auf die Konferenz der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt (COP 15 des CBD) im Oktober 2020 in Kunming, China, für einen ehrgeizigen und realistischen globalen Rahmen für die Biodiversität nach 2020 einsetzen. Eine EU-Biodiversitätsstrategie bis 2030 sei im Kontext des Grünen Deals baldmöglichst zu entwickeln, um den Verlust an biologischer Vielfalt zu stoppen und diese wiederherzustellen. Weiterhin soll die Biodiversität vollständig, wirksam und kohärent miteinbezogen werden in Bereiche wie die GAP, die Gemeinsame Fischereipolitik, den MFR und den Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft. So sollen beispielsweise Subventionen, die schädlich für die biologische Vielfalt sind, eingestellt werden. Ebenfalls behandelt wurden die „Fitness-Checks“ zur Wasser- und Luftqualitätspolitik in der EU, bei denen die Kommission die Richtlinien in diesen Bereichen auf ihre Wirksamkeit überprüft hatte. Hierzu wird es voraussichtlich unter der kroatischen Präsidentschaft zu Ratsschlussfolgerungen kommen. Weitere Informationen enthalten die [Pressemitteilung](#) des Rates sowie eine [Dokumentation](#) der Ergebnisse. *jk*



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Kroatien übernimmt EU-Ratspräsidentschaft



Mit dem Beginn des neuen Jahres hat Kroatien die EU-Ratspräsidentschaft von Finnland übernommen. Während der ersten sechs Monate 2020 leitet das Land die Sitzungen und Tagungen auf allen Ebenen des Rates und sorgt für die Kontinuität der Arbeit der EU im Rat. als Prioritäten der kroatischen Ratspräsidentschaft formulierte Kroatiens Ministerpräsident Andrej Plenković: Ein Europa, das wächst und sich entwickelt, ein Europa, das Wirtschaft, Energie und Infrastruktur miteinander verbindet, ein

Europa, das schützt und ein Europa, das weltweit Einfluss hat.

Im zweiten Halbjahr 2020 wird Deutschland die Ratspräsidentschaft innehaben.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 21/2019*

[Ratspräsidentschaft Kroatiens](#)

EU unterstützt Ausbau der panafrikanischen Internetanbindung

Die EU hat am 18. Dezember 2019 angekündigt das Projekt „AfricaConnect“ mit weiteren 30 Mio. Euro zu unterstützen, um erschwingliche und leistungsfähige Internetverbindungen für Forschungs- und Bildungsnetze in ganz Afrika aufzubauen. Seit dem Projektstart im Jahr 2014 wurden mehr als 800 Hochschul- und Forschungseinrichtungen mit Internetanbindungen ausgestattet, ihre Hochgeschwindigkeitskapazität wurde deutlich erhöht und die Kosten gesenkt. Die heute unterzeichneten Verträge sehen Unterstützung für die dritte Projektphase vor.

Die verbesserte Internetanbindung soll die Teilnahme Afrikas an Forschungsprojekten von Weltrang erleichtern und Bildungs-, Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen in die Lage versetzen, Anwendungen zu entwickeln und zu nutzen, um ihr Lehr- und Lernumfeld durch Angebote wie virtuelle Schulungen oder offene Online-Kurse zu verbessern.

Mit diesem zusätzlichen Beitrag in Höhe von 30 Mio. Euro werden die drei afrikanischen regionalen Forschungs- und Bildungsnetze (REN) unterstützt, die ebenfalls 7,5 Mio. Euro beitragen.

Die unterzeichneten neuen Verträge sehen Unterstützung für die dritte Projektphase vor. Seit dem Projektstart im Jahr 2014 wurden mehr als 800 Hochschul- und Forschungseinrichtungen mit Internetanbindungen ausgestattet, ihre Hochgeschwindigkeitskapazität wurde deutlich erhöht und die Kosten gesenkt.

Im Rahmen von AfricaConnect3 werden leistungsfähige Internetnetze für Forschungs- und Bildungseinrichtungen auf dem gesamten afrikanischen Kontinent aufgebaut. Daran beteiligt sind regionale Netzwerkorganisationen und Koordinatoren für den grenzüberschreitenden Datenaustausch und Zusammenarbeit aus drei geografischen Gebieten: ASREN in Nordafrika; WACREN in West- und Zentralafrika; UbuntuNet Alliance (im östlichen und südlichen Afrika) Durch die Verknüpfung mit dem transeuropäischen GÉANT-Netz werden die Verbindungen



Europas zum afrikanischen Kontinent gestärkt und afrikanischen Forschungs- und Bildungsgemeinschaften Möglichkeiten für eine globale Zusammenarbeit geboten. Die vorstehend genannten Projekte werden im Rahmen des [Jahresaktionsprogramm 2018 für das Panafrikanische Programm](#) finanziert. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Allianz Afrika-Europa](#)

[Bericht der Taskforce EU-AU für die digitale Wirtschaft](#)

Neue Regeln machen EU-weites Crowdfunding einfacher

Vertreter des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten haben sich am 18. Dezember 2019 vorläufig auf gemeinsame europäische Regeln für das Crowdfunding verständigt. Crowdfunding verbessert den Zugang zu Finanzmitteln insbesondere für Start-ups und andere Kleinunternehmen. Die Kommission hatte den Vorschlag 2018 als wichtigen Baustein der Kapitalmarktunion vorgelegt.

Über Crowdfunding kann ein Start-up sein Projekt auf einer Online-Plattform präsentieren und um Unterstützung in Form eines Darlehens („Peer-to-Peer-Kredite“) oder in Form von Eigenkapital bitten. Anleger erhalten eine finanzielle Rendite für ihre Investitionen.

Derzeit ist es für viele Plattformen schwierig, in andere EU-Länder zu expandieren. Daher ist Crowdfunding in der EU im Vergleich zu anderen großen Volkswirtschaften der Welt unterentwickelt, und der EU-Markt ist zersplittert. Eine der größten Hürden ist das Fehlen gemeinsamer EU-weiter Vorschriften. Dies führt zu erheblichen Befolgungs- und Betriebskosten und verhindert, dass Crowdfunding-Plattformen grenzüberschreitend expandieren.

Mit der Einigung wird es für Crowdfunding-Plattformen einfacher, ihre Dienstleistungen EU-weit anzubieten und den Zugang zu dieser innovativen Finanzierungsform für Unternehmen mit Finanzierungsbedarf zu verbessern. Nach ihrer endgültigen Verabschiedung durch das Europäische Parlament und den Rat wird die vorgeschlagene Verordnung dafür sorgen, dass die Plattformen auf der Grundlage eines einheitlichen Regelwerks in der EU arbeiten können. Anleger auf Crowdfunding-Plattformen werden durch klare Regeln für die Offenlegung von Informationen, für die Governance und für das Risikomanagement und durch eine kohärente Beaufsichtigung geschützt. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Ausführliche Pressemitteilung](#)

Booking.com wird Präsentation von Angeboten und Preisen an EU-Verbraucherrecht anpassen

Nach einem Dialog mit der EU-Kommission und den nationalen Verbraucherbehörden hat sich Booking.com verpflichtet, Angebote, Rabatte und Preise künftig klarer darzustellen. Nutzer werden die Angebote auf der Onlineplattform für die Buchung von Unterkünften besser vergleichen können. „Alle Unternehmen müssen unsere hohen verbraucherrechtlichen Standards erfüllen, wenn sie in der EU Geschäfte machen wollen. Als Marktführer müssen



Unternehmen wie Booking.com unbedingt ihrer Verantwortung in diesem Bereich gerecht werden“, sagte Didier Reynders, EU-Kommissar für Justiz und Verbraucher.

Er sagte weiter: „Sie müssen sicherstellen, dass Online-Reservierungssysteme für Unterkünfte frei von Manipulation sind, wie z. B. das Verstecken von Sponsoring in der Rangliste, unangemessener Zeitdruck auf die Nutzer oder falsche Angaben zu Rabatten.“

Booking.com hat sich verpflichtet, bis spätestens 16. Juni 2020 die folgenden Änderungen vorzunehmen:

- Den Verbrauchern klar zu machen, dass sich Aussagen wie „Letztes verfügbares Zimmer!“ nur auf das Angebot auf Booking.com beziehen;
- Kein Angebot als zeitlich begrenzt darzustellen, wenn der gleiche Preis auch danach noch verfügbar ist;
- Das Ranking der Suchergebnisse zu erklären – auch, ob Zahlungen des Unterkunftsanbieters an Booking.com seine Position in der Ergebnisliste beeinflusst haben;
- Deutlich zu kennzeichnen, wenn ein Preisvergleich beispielsweise auf unterschiedlichen Aufenthaltsdaten basiert und entsprechende Preisunterschiede nicht als Rabatt zu präsentieren;
- Sicherstellen, dass als Rabatt gekennzeichnete Preise tatsächliche Einsparungen umfassen;
- Den zu zahlenden Gesamtpreis klar und deutlich anzuzeigen (inkl. aller Gebühren und Abgaben, die im Voraus berechnet werden können);
- Ausgebuchte Unterkünfte an einer den Suchkriterien entsprechenden Position in den Suchergebnissen zu präsentieren;
- Deutlich anzugeben, ob eine Unterkunft von einem privaten oder professionellen Gastgeber angeboten wird.

Die Europäische Kommission und die nationalen Verbraucherschutzbehörden (CPC), unter der Leitung der niederländischen Behörde für Verbraucher und Märkte (ACM), haben die Verpflichtungen bewertet, die Booking.com auf EU/EWR-Ebene vorgeschlagen hat.

Die nationalen Verbraucherbehörden werden nun überprüfen, ob die Verpflichtungen entsprechend umgesetzt werden.

Die [EU-Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz](#) hat ein EU-weites Netzwerk von Behörden geschaffen, die überwachen, ob Verbraucherschutzregeln rechtmäßig angewendet werden. für die Überwachung der Anwendung der Verbraucherschutzgesetze zuständig sind. Das [Netzwerk](#) ermöglicht es den nationalen Behörden, Informationen auszutauschen und mit ihren Kollegen in anderen EU-Ländern zusammenzuarbeiten, um Verstöße gegen das Verbraucherrecht zu verhindern.

- *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemeldung: [Booking.com commits to align practices presenting offers and prices with EU law following EU action](#)

Elektromobilität EU-Kommission billigt 3,2 Mrd. Euro für Batterieforschung

Die Europäische Kommission hat ein von Deutschland, Belgien, Finnland, Frankreich, Italien, Polen und Schweden gemeinsam angemeldetes Vorhaben zur Förderung von Forschung und Innovation bei Batterien für die Elektromobilität genehmigt. Die sieben Mitgliedstaaten



werden bis zu 3,2 Mrd. Euro bereitstellen, was private Investitionen von 5 Mrd. Euro mobilisieren soll. Ziel ist, über den Stand der Technik hinausgehende Innovationen entlang der gesamten Batterie-Wertschöpfungskette an Standorten in Europa zu ermöglichen. „Die Batteriefertigung in Europa ist für unsere Wirtschaft und Gesellschaft von strategischem Interesse“, erklärte Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager. In Deutschland werden unter anderem Projekte der Unternehmen Varta und BaSF sowie ein deutsch-französisches Vorhaben zur Batterieproduktion im Opel-Werk Kaiserslautern gefördert. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 21/2019*

[Auf dem Weg zur neuen Mobilität](#)

Nachhaltigkeit - Standards für grüne Finanzprodukte

Die Europäische Union hat sich auf Regeln für nachhaltige Finanzprodukte verständigt. „Dank dieser grünen Liste oder Taxonomie werden Investoren und Industrie zum ersten Mal eine Definition dessen haben, was ‚grün‘ ist, was den nachhaltigen Investitionen einen echten Schub verleihen wird“, erklärte Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident für eine Wirtschaft im Dienste der Menschen, nach der Einigung zwischen den Unterhändlern von Europäischem Parlament und Mitgliedstaaten.

Die weltweit erste Übereinkunft zur Klassifizierung nachhaltiger Finanzprodukte zielt darauf ab, grüne Geldanlagen und Investitionen zu fördern. Grundlage ist eine EU-weit harmonisierte Einteilung grüner anlagenmöglichkeiten, eine sogenannte Taxonomie. Nachhaltige Finanzprodukte werden demnach – je nach Klimaeffekt – künftig in drei Kategorien eingeteilt: CO₂-arm (low-carb), Übergangstechnologie (Transition) und zukunftsweisend (Enabler). Wie Investitionen in atomenergie eingestuft werden, wird bis Ende 2021 geregelt. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 21/2019*

[Neufassung der Trinkwasser-Richtlinie Die grüne Investitionshilfe](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Pressemitteilung von Freitag, 20. Dezember 2019 Landeshauptstadt Magdeburg

Rumänischer Staatspräsident Klaus Johannis erhält Kaiser-Otto-Preis 2020 Festakt im Magdeburger Dom am 25. Mai 2020

Der überzeugte Europäer Klaus Johannis, Staatspräsident von Rumänien, wird mit dem Kaiser-Otto-Preis 2020 ausgezeichnet. Damit würdigen Preiskomitee und Kulturstiftung Kaiser Otto das jahrzehntelange Wirken des rumäniendeutschen Politikers für Demokratie und Zusammenhalt, nicht nur zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen in seinem Heimatland, sondern in ganz Europa. Das Preiskomitee hatte im September 2019 die Entscheidung getroffen, Klaus Johannis mit dem bedeutendsten Preis der Landeshauptstadt Magdeburg auszuzeichnen. Die Abstimmungen zum Termin der Verleihung konnten am 17. Dezember erfolgreich abgeschlossen werden. Der nichtdotierte Kaiser-Otto-Preis wird im Rahmen eines Festaktes am 25. Mai 2020 im Dom zu Magdeburg verliehen.

Zur Begründung der Juryauswahl sagt Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper: "Der Vorschlag stammt von meinem Amtsvorgänger, Dr. Willi Polte. Das Preiskuratorium ist ihm gern gefolgt, denn Klaus Johannis ist überzeugter Europäer, für den Demokratie, Weltoffenheit, Zusammenhalt und Rechtsstaatlichkeit nicht verhandelbare, gemeinsam erkämpfte Werte und Grundsätze sind, für die er sich im Namen aller Europäerinnen und Europäer unermüdlich einsetzt."

15

Kontaktdaten:

Landeshauptstadt Magdeburg
Büro des Oberbürgermeisters
Team Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Alter Markt 6
39104 Magdeburg
Telefon: (03 91) 5 40 27 69, -2717
FAX: (03 91) 5 40 21 27
E-Mail: presse@magdeburg.de



Weitere Informationen unter:

<http://www.magdeburg.de>
<http://www.facebook.com/Landeshauptstadt.Magdeburg>
<http://twitter.com/Ottostadt>



Internationale Grüne Woche - Rolle der Verbraucher im Fokus

Die Internationale Grüne Woche (kurz IGW) findet vom 17. bis 26. Januar 2020 bereits zum 85. Mal in Berlin statt. Partnerland der Grünen Woche ist in diesem Jahr Kroatien. Die Besucher erwarten über 1.800 Aussteller mit mehr als 100.000 Produkten aus Deutschland und der Welt. Zu den Themen in diesem Jahr gehört die Rolle der Verbraucher. Unter dem



Internationale Grüne Woche Berlin
17.-26. Januar 2020

Motto „Du entscheidest“ stehen die Verbraucher und ihre Einflussmöglichkeiten innerhalb der Wertschöpfungskette im Mittelpunkt.

Auch die EU ist auf der Grünen Woche präsent, so findet am 16. Januar von 16.00 Uhr bis 17.00 Uhr die Pressekonferenz der EU-Kommission mit Janusz Wojciechowski, EU-Kommissar für Landwirtschaft, und Stella Kyriakides, EU-Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit statt.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 21/2019* [Internationale Grüne Woche Berlin 2020](#)

„ZEIG MIR DEINE WELT“ - Workshop für Mobile Reporting

Wie macht man eigentlich für Instagram, Facebook und Co. coole Postings und Videos, die viele Likes und Follower bringen? Das kann man im Januar in mehreren Workshops der Europäischen akademie Berlin über Mobile Reporting lernen. Und zwar nicht nur in der grauen Theorie.

Teilnehmen können junge Erwachsene zwischen 16 und 28 Jahren. Ziel des Projektes „Zeig mir deine Welt“ ist es, eine mobile reporting story zu entwickeln, bei der die Teilnehmer ihre jeweilige Nachbarschaft, ihren Kiez, ggf. ihr Zuhause zu zeigen und dabei mit ihren handys filmen. Mit dem Projekt werden besonders junge Erwachsene aus jüdischen, muslimischen und christlichen Familien angesprochen, die beim Filmen Verständnis füreinander entwickeln sollen. Ihre Stories können die Teilnehmer dann in ihren Netzwerken posten. Geplant sind vier Workshops zwischen dem 16. und 21. Januar. Deadline für die anmeldung ist der 9. Januar 2020. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 21/2019*

[Projekt „Zeig mir deine Welt“](#)

Auftaktveranstaltungen im Februar - Galway und Rijeka sind die Kulturhauptstädte Europas 2020

Die irische Stadt Galway sowie die kroatische Stadt Rijeka sind die beiden Kulturhauptstädte Europas 2020. Galway hat sich für das Motto „Let the magic in“ entschieden. Die Auftaktveranstaltung wird am 1. Februar 2020 stattfinden. In Rijeka steht das Kulturhauptstadtjahr unter dem Motto „Port of Diversity“. auch hier findet die Auftaktveranstaltung am 1. Februar statt.



Im Wettbewerb für die deutsche „Kulturhauptstadt Europas“ 2025 sind unterdessen Chemnitz, hannover, hildesheim, Magdeburg und Nürnberg in die Endauswahl gekommen. Die Initiative „Kulturhauptstädte Europas“ soll den Reichtum und die Vielfalt der Kulturen in Europa hervorheben, bei den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl stärken, einem gemeinsamen Kulturkreis anzugehören, und den Beitrag der Kultur zur Entwicklung von Städten unterstützen. • eag Quelle: EU-Nachrichten 21/2019

Kulturhauptstädte Europas





Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Aufforderung zur Einreichung von Bewerbungen für den „Jan- Amos-Comenius-Preis für hervorragenden Unterricht über die Europäische Union“
Fundstelle: Abl.	C 427 I vom 19. Dezember 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal- content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:427I:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	6. Februar 2020
Antragsunterlagen:	Alle relevanten Informationen und die Bewerbungsformulare sind verfügbar unter https://ec.europa.eu/education/resources-and-tools/funding- opportunities/jan-amos-comenius-prize_de

Gegenstand:	RAT Stellenausschreibung CONS/AD/151/19 Direktor/Direktorin COMM.1 Medien und Kommunikation
Fundstelle: Abl.	C 428 A vom 20. Dezember 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal- content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:428A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	17. Januar 2020
Antragsunterlagen:	Bewerbungen sind vor Ablauf der Bewerbungsfrist ausschließlich per E-Mail anapplications.management@consilium.europa.eu zu richten.

Gegenstand:	RAT Stellenausschreibung CONS/AD/153/19 Generaldirektor(in) GD TREE: Verkehr, Energie, Umwelt, Bildung
Fundstelle: Abl.	C 3 A vom 7. Januar 2020 https://eur-lex.europa.eu/legal- content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2020:003A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	3. Februar 2020
Antragsunterlagen:	Bewerbungen sind vor Ablauf der Bewerbungsfrist ausschließlich per E-Mail anapplications.management@consilium.europa.eu zu richten.



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Forschungs- gesuch	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt	Partner aus der Wasser- und Getränkeindustrie gesucht
Eureka/Eurostars Slowenien	Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Eine slowenische Unternehmergruppe unter der Leitung eines Investors sucht Partner für die Lösung von Verschmutzungsproblemen, die durch Einwegverpackungen entstehen. Das Projekt soll den Übergang zur Kreislaufwirtschaft in der Wasserwirtschaft durch innovative Produkte für Trinkwasser ermöglichen: ein Wasserspender, der veredeltes, kohlendioxidhaltiges oder stilles Wasser anbietet; ein Flaschenspender, der als Mietstation für umweltfreundliche Flaschen dient. Im Rahmen der Forschungsk Kooperation werden KMU oder private Forschungsinstitute gesucht, die vertiefte Kenntnisse in einem der folgenden Bereiche mitbringen: Wasseraufbereitungsmethoden und -technologien; Wasser-Remineralisierung und Optimierung des Trinkwassers; nachhaltige Waschsysteme. Die Partner werden ihr Know-how, ihre Fähigkeiten und Ressourcen mit den anderen Partnern des Projekts teilen, um die Integration von Technologien zur Remineralisierung von gereinigtem Wasser, zur Reinigung von Leitungswasser und zur Dampfreinigung von Gläsern in den Spendern zu unterstützen.



		<p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/16749c94-67a9-4007-9e61-b6dbc22dfb1b</p> <p>Referenznummer: RDSI20191224001</p>
<p>Forschungs-gesuch</p> <p>Horizon 2020</p> <p>Schweiz</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de</p>	<p>Projektpartner zur digitalen Überwachung und Messung von Müdigkeit gesucht</p> <p>Ein Schweizer KMU hat zur Überwachung des Ermüdungsniveaus im Gesundheitswesen digitale Werkzeuge entwickelt. Für das Konsortium, das plant, diese Werkzeuge in einem Horizont-2020-Projekt zu validieren, wird ein Koordinator gesucht. Aktuelle Konsortialpartner sind mehrere Gesundheitsdienstleister und ein Beratungsunternehmen. Der Koordinator wird dazu beitragen, realistische Szenarien für neue Gesundheits- und Versorgungswege sowohl bei den Bürgern als auch bei den Fachleuten zu identifizieren, die diese digitalen Werkzeuge zur Verbesserung der Gesundheitsprävention, -vorhersage und -intervention nutzen. Die Ergebnisse dieser Pilotstudien, die von den Partnern im Gesundheitswesen durchgeführt werden, müssen von dem federführenden Wissenschaftler analysiert werden, damit das Konsortium seine Kenntnisse über diese Krankheiten erweitern und ihre Symptome und Auswirkungen als Frühwarnsignale und medizinische Informationen interpretieren kann. Der Koordinator wird dazu beitragen, Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitskompetenz unter Verwendung dieser digitalen Lösungen für Bürger und Fachleute zu formulieren.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/00def457-3c2d-4a7e-9d0e-a1c3583f6349</p> <p>Referenznummer: RDCH20191216001</p>



Forschungs- gesuch	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt	F&E-Partner für die Entwicklung einer Silver Mental Care Plattform mit Schwerpunkt Depression und Demenz gesucht
Eureka	Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22	Ein koreanisches ICT-Unternehmen, das sich auf das Geschäft mit Infrastruktur (Stromsystem, Cloud, Server, etc.) und DBMS (Data Base Management System) spezialisiert hat, sucht im Rahmen eines EUREKA-Projekts europäische Partner für die Entwicklung von U-Healthcare-Lösung auf der Basis künstlicher Intelligenz. Diese Lösung soll Depressionen und Demenz mit Hilfe von KI-Technologie diagnostizieren und vorhersagen. Das multimodale Deep-Learning-Konzept wird durch Text-Mining und Sprachsignal-Musteranalyse psychische Erkrankungen erkennen. Die Partner können Universitäten, Forschungsinstitute oder KMU sein, die auf IKT spezialisiert sind.
Südkorea	E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	
		Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/923f1adf-c2a0-4f41-8017-428cea7069ce
		Referenznummer: RDKR20191120001
Technologie- gesuch	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt	Wolframtrioxid-Beschichtung für Keramikschaumteile gesucht
Italien	Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Ein KMU mit Sitz im Nordosten Italiens sucht Unternehmen, die auf Oberflächenbehandlungen spezialisiert sind. Es soll ein Produktteil aus Keramik mit Wolframtrioxid behandelt werden. Gesucht werden Unternehmen mit Beschichtungstechnologien, die in der Lage sind, Keramik durch einen Herstellungsvertrag oder einen Handelsvertrag mit technischer Unterstützung zu behandeln. Das Unternehmen ist bereit, seinen Keramikschaum bei Bedarf auf einen anderen Materialtyp umzustellen, um die Luftreinigung durch Photokatalyse zu verbessern.



		<p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/70c71111-8111-4183-99dc-8da5afc90de8 Referenznummer: TRIT20191216001</p>
--	--	--

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Vorstellung der neuen Praktikantin

Sehr geehrte Damen und Herren,
mein Name ist Luise Böttcher und ich werde von Anfang Januar bis Anfang April in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union ein Praktikum absolvieren. Ich habe die Landesvertretung vor zwei Jahren während einer Studienreise besucht. Dort wurde ich auf das Praktikum aufmerksam gemacht.
Ich bin in Magdeburg geboren und aufgewachsen. Außerdem absolviere ich dort an der Otto-von-Guericke-Universität den Bachelorstudiengang European Studies Extended. Zurzeit studiere ich im 7. Semester.
Das Praktikum bietet mir die Chance mein theoretisches Wissen in die Praxis umzusetzen. Außerdem verbindet es mein Interesse für Regionalpolitik und Europapolitik.
Ich freue mich auf die Zusammenarbeit. Ich hoffe, dass ich meinen zuständigen Referenten Herr Fenner und die restlichen Mitarbeiter tatkräftig unterstützen kann.

Mit freundlichen Grüßen
Luise Böttcher

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:



Das Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt / Halle und GOEUROPE! wünschen Ihnen ein frohes und gesundes Jahr 2020!

Pünktlich zum Jahreswechsel treten wieder zahlreiche neue Regelungen und Gesetze in Kraft. Mit einigen dieser Erneuerungen beschäftigt sich das Quiz in dieser Woche.



1. Eine umstrittene Maßnahme ist die sogenannte Belegausgabepflicht oder „Bonpflicht“, die seit dem 01. Januar 2020 in Deutschland gültig ist. Welche Auswirkungen hat diese Pflicht für die KundInnen?

- A) Der Beleg muss ausgedruckt, aber nicht von den KundInnen mitgenommen werden.
- B) Der Beleg muss ausgedruckt und von den KundInnen mit aus dem Geschäft genommen werden, kann dann aber sofort entsorgt werden.
- C) Der Beleg muss ausgedruckt, von den KundInnen mitgenommen und mindestens solange aufgehoben werden, wie das entsprechende Produkt haltbar ist bzw. Garantie hat.

2. Auch in der Bezahlung der ArbeitnehmerInnen gibt es Änderungen, denn der Mindestlohn steigt erneut. Wie groß ist der Anstieg des Mindestlohns im Vergleich zum letzten Jahr?

- A) 9 ct pro Stunde
- B) 16 ct pro Stunde
- C) 21 ct pro Stunde

3. Ab 01. März soll deutschlandweit eine Pflichtimpfung zum Schutz vor Masern eingeführt werden, ohne die der Besuch einer Gemeinschaftseinrichtung für Kinder ausgeschlossen wird. In wie vielen Staaten der Europäischen Union gibt es bereits eine solche Impfpflicht gegen Masern-Erkrankungen?

- A) in keinem Land
- B) in vier Ländern
- C) in zehn Ländern



Lösung:

1. A) Die Belegausgabepflicht soll vor allem einer größeren Transparenz im Kampf gegen den Steuerbetrug dienen. KritikerInnen verweisen jedoch auch die immense Papierflut, die auf die Einzelhändler zukommt. Denn die Kassenbelege müssen laut der Vorschrift zwar ausgegeben, aber nicht von den Kunden mitgenommen werden. Daher werden die Geschäfte zukünftig mit wesentlich größeren Müllmengen rechnen müssen. Neben der Verschwendung von wertvollen Ressourcen und der daraus resultierenden Umweltbelastung werden auch die Kosten für die Einzelhändler steigen. Denn der anfallende Müll muss entsorgt und auch die Kassen umgerüstet und mit einer technischen Sicherheitseinrichtung versehen werden. Um der Papierflut entgegenzuwirken weist das Bundesfinanzministerium darauf hin, dass die Kassenbons nicht zwingend in Papierform ausgegeben werden müssen. Auch virtuelle Belege wären denkbar, die den KundInnen per Mail geschickt oder auf das Smartphone übertragen werden. Jedoch lässt sich diese Alternative nur schlecht im Einzelhandel umsetzen. Neben den erneuten Kosten für die notwendigen technischen Einrichtungen, könnte auch die Einhaltung der Datenschutzrichtlinien ein Problem darstellen.

2. B) Der Mindestlohn 2019 betrug 9,19 € pro Stunde. Seit dem 01. Januar 2020 verdienen ArbeitnehmerInnen 16 ct mehr und somit stündlich mindestens 9,35 €. Der gesetzliche Mindestlohn ist die absolute Lohnuntergrenze in Deutschland und gilt, abgesehen von einigen Ausnahmen wie minderjährigen ArbeitnehmerInnen, Selbstständigen oder Ehrenamtlichen, für alle. Demnach profitieren beispielsweise auch MinijobberInnen oder SaisonarbeiterInnen von der Erhöhung des Mindestlohns. Zudem sind ArbeitgeberInnen in vielen Branchen und Unternehmen verpflichtet, einen höheren Stundensatz als den vorgeschriebenen Mindestlohn zu zahlen. So schreiben Tarifverträge zum Beispiel einen festgesetzten Branchenmindestlohn vor.

Auf europäischer Ebene betrachtet ist der deutsche Mindestlohn vergleichsweise hoch. Den höchsten Mindestlohn hat aber Luxemburg – dieser lag im vergangenen Jahr bei 11,97 €. Dahingegen ist der Mindestlohn in anderen europäischen Staaten wie Ungarn, Bulgarien, Lettland oder Rumänien erschreckend niedrig. Arbeitende bekommen hier zwischen 2 € und 3 € pro Stunde.

In Deutschland profitieren auch Auszubildende ab 2020, denn dank der neuen Regelung zur Mindestausbildungsvergütung verdienen Lehrlinge im ersten Ausbildungsjahr nun mindestens 515 € monatlich. Dieser Betrag soll in den kommenden Jahren schrittweise angehoben werden.

3. C) Da die extrem hohe Ansteckungsgefahr, die Folgeschäden und der sogar mit dem Tod endende Verlauf der Erkrankung oft unterschätzt werden, soll ab März 2020 eine Impfpflicht zum Schutz vor Masern eingeführt werden. Ohne eine nachgewiesene Immunisierung dürfen Kinder keine Kindertagesstätten oder ähnliche Betreuungs- und Gemeinschaftseinrichtungen besuchen. Die Pflicht gilt ebenfalls für BetreuerInnen und andere Mitarbeitende dieser Einrichtungen. Durch die Impfung soll die Schutzquote in der Bevölkerung von etwa 93% auf mindestens 95% erhöht und die Masern somit langfristig in Deutschland ausgerottet werden. In zehn Mitgliedsstaaten der EU ist eine solche Impfung bereits Pflicht. In Polen und Ungarn



ist die Masernimpfung schon seit den 60er Jahren verpflichtend. Auch in Lettland, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Kroatien und Bulgarien, sowie seit 2017 bzw. 2018 in Italien und Frankreich müssen Kinder gegen Masern geimpft sein. Dennoch ist auffällig, dass auch in Ländern ohne Impfpflicht die Masern eliminiert werden konnten. Dies ist beispielsweise in Dänemark und den Niederlanden der Fall. GegnerInnen kritisieren außerdem, dass die Impfpflicht ein Eingriff in die Freiheit des Einzelnen und in das Elternrecht sei. In Deutschland droht Eltern, die sich weigern, ihr in einer Gemeinschaftseinrichtung untergebrachtes Kind impfen zu lassen, zukünftig ein Bußgeld von 2500 €. Des Weiteren kann das Kind vom Besuch der Einrichtung ausgeschlossen werden.

Bei Fragen zu Regelungen und Erneuerungen innerhalb der EU hilft Ihnen das Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt / Halle gern unter folgender Adresse weiter:
info@europedirect-halle.de



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Antos (SIA)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	E-Mail
Antonieta Hofmann (AH)	Kultur, Bildung, ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Jana Koch (JK)	Praktikantin	...22	E-Mail
Sophia Neumann (SN)	Praktikantin	...14	E-Mail
Luise Böttcher (LB)	Praktikantin	...22	E-Mail
Katrina Glogger (KG)	Rechtsreferendarin	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

